

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 866 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Cornelia Sonntag MdB zum Umgang mit der 'Engholm-Zeit' der SPD: Es lohnt, Angefangenes weiterzuführen.

Seite 1

Hans Wallow MdB zur Akzeptanz von weltweiten Kampfeinsätzen bei den Deutschen: Hardthöhe täuscht Parlament und die Öffentlichkeit.

Seite 2

Hans Büchler MdB zu einem 'Bericht' der 'BILD'-Zeitung und dem Erfordernis, grundlegende presserechtliche Konsequenzen zu ziehen: Wie man zum 'faulsten Abgeordneten von Bonn' gemacht wird.

Seite 3

48. Jahrgang / 87

7. Mai 1993

Es lohnt, Angefangenes weiterzuführen Zum Umgang mit der 'Engholm-Zeit' der SPD

Von Cornelia Sonntag MdB

Natürlich muß ich einräumen: Nichts ist offenbar in der Politik reizvoller als das Spekulieren mit Personen; wer ersetzt wen; wer stützt wen? Schlägt offensichtlich die Auseinandersetzung mit Sachthemen aus dem Felde. Seit dem Rücktritt Björn Engholms von Amt und Funktionen dreht sich das Karussell der Namen. Nur gerät dabei fast in Vergessenheit, was in den knapp zwei Jahren, die er die SPD führte, politisch und programmatisch angestoßen und auf den Weg gebracht worden ist.

Zugegeben - zwei Jahre sind keine 'Ära'. Sie reichen nicht aus, um einem politischen Stil und Konzept den Stempel aufzudrücken. Aber zuweilen wird in der veröffentlichten Meinung der Anschein erweckt, als habe sich in dieser Zeit kaum etwas bewegt. Nichts charakterisiert diese leichtfertigen Urteile genauer und knapper als die Fragestellung in einer ansonsten ambitionierten Zeitung. Da fragt ein Interviewer: "Reden wir über Politik. Reden wir über Asyl, Bundeswehrein-sätze, Lauschangriff. Die SPD nach Björn Engholm ist in vielen politischen Fragen heillos zerstritten...". So einfach ist das also? Man klebt uns das Etikett "heillos zerstrittenheit" an - und schon ist die Welt in Ordnung. Deshalb lohnt es sich schon einmal, dagegen zuhalten. Auch wenn ich weiß, daß das nicht im Trend liegt.

Am schnellsten kann man die Sache mit dem Lauschangriff abtun. Es ist doch einfach absurd zu behaupten, darüber läge die SPD im Riesenschlief. Zwar ist klar, daß sich die Sozialdemokraten in den nächsten Monaten über ihre Position dazu klarwerden müssen. Aber viel wichtiger ist ein fortschrittliches Gesamtkonzept zur Inneren Sicherheit, und das ist auf gutem Wege.

Die Auseinandersetzung um die Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungsproblematik hat uns durcheinandergerüttelt, das ist wahr. Die auf dem Petersberg eingeleitete Wende hätte behutsamer vorbereitet werden müssen, auch wahr. Aber ich bin dennoch fest davon überzeugt: Hätten wir uns auf dem Polster unserer bisherigen Positionen ausgeruht, ohne die notwendige Diskussion in Gang zu bringen - wir müßten uns heute den Vorwurf gefallen lassen, die Behandlung eines vielschichtigen und sensiblen Problems den Vereinfachern und Stammtischrednern, vielleicht sogar den rechten Hetzen überlassen zu haben.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 09

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit verstärkter Rückseite
Recycling-Papier



Drittes Stichwort: Bundeswehreinräätze. Von Björn Engholm maßgeblich geprägt ist die Position, die die SPD auf ihrem Bremer Parteitag formulierte und die bis heute, mit einer Öffnung zu einem erweiterten (realistischen) Begriff vom Blauhelm-Einsatz Bestand hat. Daß wir Blauhelme rasch über eine Verfassungsänderung ermöglichen, über die künftige Rolle der Bundeswehr insgesamt aber keinen gründlichen gesellschaftlichen Disput führen sollten, ist endlich im Bewußtsein der meisten verankert und erzeugt heftiges Kopfnicken.

Und weiter: das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland. Dem Parteivorsitzenden Björn Engholm ist es - im Zusammenspiel mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor allem aus Ostdeutschland - gelungen, die Dringlichkeit aktiver Beschäftigungspolitik und einer Korrektur des Mottos "Rückgabe vor Entschädigung" zu unterstreichen. Und für nichts erntete er auf seinen Felsen durch die neuen Länder mehr Beifall als für sein hartnäckiges Trommeln zugunsten der Sanierung industrieller Kerne. Viele Monate hat es gedauert, bis schließlich sogar die Bonner Koalition sich diesen Begriff zu eigen machte. Engholm hat es auch geschafft, die volle Dramatik der steigenden Erwerbslosigkeit ins Bewußtsein derer zu bringen, die bisher angesichts der wirtschaftlichen Talfahrt immer noch glaubten, gleichgültiges Achselzucken und das Schielen nach den Selbstheilungskräften des Marktes reiche aus, um die Gemüter zu beschwichtigen.

Anderes bleibt eingeleitet und angetippt, aber wert, weiterverfolgt zu werden: Der Gedanke einer gründlichen und intelligenten Reform der Verwaltung mit dem Ziel, den Apparat schlanker, preisgünstiger und zugleich effektiver zu machen; die Forderung nach einer Öffnung der Partei für gesellschaftliche Gruppen und Kräfte, die sich der Sozialdemokratie nicht zwangsläufig verbunden fühlen; das Ziel einer Parteilührung im Teamgeist, kooperativ und solidarisch. Als Björn Engholm sich auf der Pressekonferenz als Parteivorsitzender und Ministerpräsident verabschiedete, da sagte er: Nur er persönlich sei gescheitert, nicht aber der neue politische Stil, für den er stand. Mit anderen Worten: Es lohnt sich, Angefangenes weiterzuführen, Gelerntes als Fortschritt zu verbuchen.

Aus der Abschlufklärung: "Loyalität zu großen Ideen, Beweglichkeit auf neuen Wegen, Gemeinschaftsgeist und Disziplin sind wichtige Voraussetzungen für den Weg zum Erfolg. Je leidenschaftlicher die SPD dabei für die Interessen der arbeitenden Menschen eintritt, je überzeugender sie auch mit den Gewerkschaften für Gerechtigkeit und Solidarität für wirtschaftliche Innovation und neue Arbeit kämpft, je mutiger sie ökologische Reformen voranbringt, desto eher wird sie Erfolg haben."

(-/7. Mai 1993/rs/ks)

Hardthöhe täuscht Parlament und die Öffentlichkeit **Zur Akzeptanz von weltweiten Kampfeinsätzen bei den Deutschen**

Von Hans Wallow MdB

Das Bundesministerium der Verteidigung verschleierte laufend die Einstellung der Bevölkerung zu weltweiten Kampfeinsätzen der Bundeswehr. Die nach meiner Anfrage erfolgte Aussage des parlamentarischen Staatssekretärs Bernd Witz, "Militärische Aktionen fänden, soweit die UNO dazu aufrufe, etwa bei jedem zweiten Bundesbürger Unterstützung" steht im krassen Gegensatz zu den Umfrageergebnissen von drei renommierten Meinungsforschungsinstituten. Tatsächlich stimmt bei allen drei Instituten nur eine Minderheit von 12 bis 28 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung den Kampfeinsätzen zu, wie auch nachfolgende Übersicht belegt.

Befragt nach der Teilnahme der Bundeswehr an Einsätzen unter UNO-Mandat antwortete die Bevölkerung:

Meinungsforschungsinstitut	nur zur Verteidigung	bei Blauhelmeinsätzen	bei Kampfeinsätzen	keine Meinung
Forsa (Dez '92)	44	29	15	12
Infas (Jan '93)	44	32	19	5
Allensbach (Feb '93)	--	46	26	--
Forsa (April '93)	53	21	12	14

Diese Ergebnisse belegen, daß die Bundesbürger weltweite Kampfeinsätze deutscher Soldaten fast zu zwei Drittel ablehnen. Meinungsforschungsinstitute, die zu anderen Ergebnissen kommen, arbeiten mit unpräzisen Fragestellungen.

Die Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim) kommt, wie auch andere Meinungsforschungsinstitute, im Auftrag des ZDF bei veränderter Fragestellung ("Sollten in Zukunft Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO möglich sein oder sollten sie nicht möglich sein?" zu einem anderen Ergebnis. Nach Auffassung des Wahlforschers Manfred Güllner (Forsa) ist das Ergebnis "eine nicht ernst zu nehmende Information, da der Kern der Diskussion, nämlich die Unterscheidung nach Blauhelm- und Kampfeinsätzen, nicht getroffen wird". Im Verständnis der Befragten sei der Kampfeinsatz ohne die vorhergehende differenzierte Fragestellung lediglich als eine unterschiedslose Zustimmung zur Teilnahme an UNO-Einsätzen der Bundeswehr zu bewerten.

(-/7. Mai 1993/rs/ks)

Wie man zum "faulsten Abgeordneten von Bonn" gemacht wird

Zu einem "Bericht" der "BILD"-Zeitung und dem Erfordernis, grundlegende presserechtliche Konsequenzen zu ziehen

Von Hans Büchler MdB

Die "BILD"-Zeitung veröffentlichte auf Seite 2 am 24.4.93 einen Artikel unter dem Titel "Das sind Bonns faulste Abgeordnete". Man stellte mich (mit Paßbild) als "Oberschwänzer" aller Parlamentarier an den Pranger.

"BILD" brachte diese Sensationsstory - in der zudem meine Kollegen Wilfried Böhm (CDU) und Hans Gattermann (FDP) namentlich genannt und denunziert wurden -, obwohl sie vorher von mir und meinem Mitarbeiter zweimal eindeutig darüber informiert worden war, wie falsch das Ergebnis ihrer "Recherche" ist.

Für "BILD" spielt es offenkundig keine Rolle, welche und wieviele Termine ein Abgeordneter wahrnimmt, welche Gespräche er führt, wieviele Petitionen er bearbeitet, ob er Fragen an die Bundesregierung stellt und parlamentarische Initiativen ergreift oder nicht, ob er Bürgersprechstunden abhält, bei Ministerien im Interesse seines Wahlkreises interveniert u.s.w. u.s.w.; überhaupt wieviele Stunden er in der Woche arbeitet.

Für "BILD" ist lediglich von Interesse, ob einer in Bonn körperlich anwesend ist oder nicht. Zynischerweise wird so selbst der Schwerkranke, der für ein paar Wochen nicht nach Bonn kommen

kann, zum Faulpetz stigmatisiert. Und wer, wie Wilfried Böhm und ich, im Auftrag des Bundestages in internationalen Institutionen wie der WEU oder der parlamentarischen Versammlung des Europarates tätig ist, und zahlreiche zusätzliche Verpflichtungen hat, wird ebenfalls gnadenlos gebrandmarkt.

Aber wenn schon die Anwesenheitslisten das einzige Kriterium für Faulheit oder Fleiß sein sollen, dann sollte man wenigstens erwarten können, daß diese Listen richtig ausgezählt werden. In meinem Fall behauptet "BILD", daß ich 15 mal 90 DM Strafe zahlen mußte, weil ich angeblich an 15 von 20 Bonner Präsenztagen fehlte. Das ist falsch. Wahr ist, daß ich ein einziges Mal 90 DM zahlen mußte, und das auch nur, weil ich einen wichtigen, mandatsbedingten Termin im Wahlkreis wahrnehmen mußte. Außerdem war ich zwei Tage krank. Das war es denn auch.

Aber einige von "BILD", die sich Journalisten nennen, und im nachhinein nicht einmal die Verantwortung für solche ehrabschneidenden Artikel übernehmen (niemand von "BILD" wußte auf Nachfrage, wer den Artikel überhaupt geschrieben hat), haben kein Empfinden mehr dafür, was sie mit solcher Schreibe anrichten. Stattdessen sind sie ein weiteres Mal zynisch genug - 10 Tage später -, eine sogenannte "Wiedergutmachungsgeschichte" zu veröffentlichen, die kein Wort der Entschuldigung oder der Berichtigung bringt, lediglich die kaum überraschende Schlagzeile, daß die Abgeordneten sich selbst als nicht faul einschätzen und viel herumreisen.

Nahrung für Politikverdrossenheit

Politik- und Politikerverdrossenheit haben sicherlich inzwischen zum Teil auch damit zu tun, daß solche Verleumdungen und Lügen millionenfach gedruckt werden dürfen und so unwidersprochen stehenbleiben. Die meisten Politiker haben heute den Eindruck, zum Freiwild erklärt worden zu sein, nur damit manche Journalisten dem weitverbreiteten Bedürfnis nach Politikerschelte und -hetze neue Nahrung liefern können.

Um nicht mißverstanden zu werden: Selbstverständlich haben die Medien elementare und unverzichtbare Aufgaben in unserer Gesellschaft, zum Beispiel die der Kontrolle staatlicher Macht. Es sollte kein Jota nachgegeben werden bei der Verteidigung journalistischer Freiheiten, bei der Verteidigung der Freiheit von Wort und Schrift. Was aber haben solche reißerischen und nachweislich absolut falschen Behauptungen mit Pressefreiheit zu tun?

Die Publizistischen Grundsätze (Pressekodex) des Deutschen Presserats in der Fassung vom 27. November 1991 beginnen mit dem Satz: 'Achtung vor der Wahrheit und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse.' Sie stellen in Satz 8 fest: 'Es widerspricht journalistischem Anstand, unbegründete Beschuldigungen, insbesondere ehrverletzender Natur, zu veröffentlichen.'

"BILD" hält sich weder an das eine noch an das andere. Da die "BILD" nicht einmal das Minimum an Wiedergutmachung leistet, das darin besteht, sich bei den betroffenen Abgeordneten wenigstens zu entschuldigen, bleibt uns keine andere Wahl, als den Presserat anzurufen. Der "BILD"-Zeitung - und jedem anderen Presseorgan, das eine offenbare und nachweisbare Unwahrheit veröffentlicht - muß klar werden, daß billige Lügenberichterstattung nicht folgenlos bleibt.

Das Presserecht präzisieren

Wir sollten also in einem Mediengesetz festschreiben, daß die Rechte des deutschen Presserats gestärkt werden, aber auch, ähnlich wie es in den angelsächsischen Ländern praktiziert wird, daß bei offensichtlichen Verstößen gegen die Wahrheit zukünftig auch bei uns empfindliche Strafen greifen können. Eine Gegendarstellung mit der Unterzeile 'Laut Pressegesetz ...' nützt erfahrungsgemäß wenig bis nichts, weil beim Leser Zweifel bleiben. Es sollte daher unser aller Interesse sein, wirklich effektive Gesetze einzuführen, damit Menschen nicht öffentlich mit - nachweislich - falschen Behauptungen fertiggemacht werden können. Wo nämlich die Persönlichkeitsrechte eines Menschen derart mit Füßen getreten werden, helfen nur stärkste finanzielle Sanktionen für die Presseleute und deren Verleger. Politikern wäre dann zu raten, die zu zahlenden Millionenbeträge wohltätigen Zwecken zuzuführen.

(-/7. Mai 1993/rs/ks)
